

BBB sieht weiter Mängel bei den Finanzen

Bruchköbel (pm/jgd) – Nach der verlorenen Abstimmung über den Haushalt 2013 kartet der BBB in einer Pressemeldung nach. „Steuererhöhungen anstelle zukunftsgerichteter Einsparungen“, so fasst die Fraktion des BBB den Kurs von Bürgermeister Maibach zusammen. CDU, Grüne und FDP hätten den Kurs zu verantworten, der eine Verminderung des Haushaltsdefizits auf knapp 6 Mio. Euro mit rund 700.000 Euro Mehreinnahmen aus Erhöhungen von Steuern und Friedhofsgebühren erreiche. „Mehreinnahmen aus Steuererhöhungen als Einsparungen zu verkaufen ist schon frech“, so der BBB-Vorsitzende Joachim Rechholz. Ein maßgeblicher Anteil der angeblichen Einsparun-

gen seien bloß normale Abweichungen von Planungen und hätten nichts mit realem Sparen zu tun. Die bei den Personalkosten erfolgte Reduzierung von Ausgaben sei nur eine Folge nicht besetzter Stellen. Diese Kosten kämen nach der Bürgermeisterwahl wieder auf die Stadt zu, so behauptet man. Durch die Steuererhöhungsbeschlüsse seien die Auflagen der Kommunalaufsicht nur teilweise erfüllt. Von dem geforderten Konsolidierungskonzept zum Abbau des Defizits bis 2018 sei nichts zu sehen, so Alexander Rabold (BBB). Es sei weiter ungewiss, ob die Abgabenerhöhungen alleine die Genehmigung des Bruchköbeler Haushaltes sicherstellten. Der BBB habe stets be-

tont, dass man Steuererhöhungen mittragen könne, wenn echte Einsparvorschläge für die Zukunft vorliegen. Unsozial seien die Erhöhungen nach Meinung des BBB allemal. „Die Erhöhung der Grundsteuer wird über die Umlage alle Mieter belasten, und ein sowieso schon emotional stark belastender Trauerfall wird in einer Familie mit geringen Einkommen zu einer großen finanziellen Belastung“, bewertet Harald Hormel das Ausmaß der Erhöhungen als erheblich. So stiegen die Gebühren für die Benutzung der Friedhofshalle von 90 auf 547 Euro. „Diese Erhöhung auf 600 Prozent ist im Frühjahr von den Bruchköbeler Grünen noch als Kleinigkeit bezeichnet worden“,

so Harald Hormel (BBB). Ebenfalls unverständlich sei, dass Maibach die Jahresabschlüsse seit 2009 nicht vorlegen konnte. Auch für die angeblichen Verbesserungen in den Jahren 2012 und 2013 fehlten jegliche konkrete Begründungen. In den aktuellen Unterlagen zum Haushalt und den Schreiben der Kommunalaufsicht seien unverändert deutlich höhere Defizite enthalten. „Die angeblich reduzierten Defizite sind offensichtlich dem Wahlkampf geschuldet. Für uns gelten die Zahlen der Kommunalaufsicht und somit haben sich in der Amtszeit Maibach die Schulden auf 50 Millionen Euro verdoppelt. Dies sind die traurigen Fakten“, so der BBB-Vorsitzende Joachim Rechholz.